



Kommunal – Information

01.08.2012



kommunalpolitisches
forum
Sachsen-Anhalt e.V.

Inhalt

1. Themen

- 1.1 Kommunaldatenbank
- 1.2 Kommunale Finanzen
- 1.3 Daseinsvorsorge
- 1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)
- 1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung
- 1.6 Verschiedenes
- 2. Problemfelder aus Landtag und Land
- 3. Veranstaltungen
- 4. Veröffentlichungen
- 5. Kontakte

1.1 Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an felicitas.weck@die-linke.de.

Hier folgt eine Auswahl von neu eingestellten Anträgen:

- Antragspaket gegen Flugverkehrsbelastungen
- Kostenlose Kontoführung für Konten von Menschen mit niedrigem Einkommen
- Zweckgebundene Mittel für das Tierheim
- Unterstützung der Kelsterbacher Erklärung der GEW
- Beirat Abfallwirtschaft bestellen
- Soziale und Ökologische Mindeststandards bei Vergaben von öffentlichen Aufträgen

1.2 Kommunale Finanzen

"Wenn dieser nach unserer Auffassung falsche Weg gestoppt wird, bauen sich Gefahren für den Euro sogar ab"

so Gregor Gysi am 10. Juli 2012 in der mündlichen Verhandlung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts über mehrere Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 32 BVerfGG. Die Anträge sind darauf gerichtet, dem Bundespräsidenten bis zur Entscheidung über die jeweilige Hauptsache zu untersagen, die von Bundestag und Bundesrat am 29. Juni 2012 als Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet beschlossenen Gesetze zu unterzeichnen und auszufertigen. [Hier kann die Rede nachgelesen werden.](#)

Gregor Gysi: Was für eine Krise ist die Euro-Krise?

Die allgemeine Redewendung „Euro-Krise“ legt nahe, dass wir es mit einer Währungskrise zu tun hätten. Das ist nun aber erst einmal nicht der Fall. Noch hat keine massive Kapitalflucht aus dem Euro-Raum in andere Währungen stattgefunden. Allerdings, was nicht ist, kann ja noch werden...

Selbstverwaltung der Kommunen gefährdet

Mit dem Fiskalpakt verpflichtet sich die Bundesrepublik faktisch für die Ewigkeit dazu, die darin enthaltenen Haushaltsvorgaben zu erfüllen. Seinem Wortlaut nach gilt dieser Vertrag für den Gesamtstaat, also auch für die Kommunen. Etwaige Eingriffe in die grundgesetzliche Selbstverwaltungsgarantie durch die Regeln in diesem Vertrag werden durch die Bundesregierung schlicht ignoriert.

... ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG LESEN (PDF)

Parkgebühren füllen die kommunalen Kassen

Die großen Städte in Sachsen-Anhalt erwirtschaften jährlich hohe Beträge durch Parkgebühren auf öffentlichen Straßen und Plätzen. Mit dem eingenommenen Geld werden in Halle, Magdeburg und Dessau-Roßlau die Haushalte aufgebessert, wie eine Umfrage der Nachrichtenagentur dapd ergab. Rund drei Millionen Euro fließen jährlich in das Stadtsäckel in Magdeburg, wie Rathaussprecher Michael Reif sagte. ...

Weiter Streit um Länderfinanzausgleich

Bayern sieht sich wegen der geplanten Klage gegen den Finanzausgleich mit Gegenrechnungen von Nehmerländern konfrontiert. Insbesondere im Osten sind die Reaktionen heftig. Die CSU bekräftigte indessen die Klageabsicht. «Der Länderfinanzausgleich läuft aus dem Ruder», schrieb Generalsekretär Alexander Dobrindt in einem Kommentar in der Würzburger Zeitung ...

1.3 Daseinsvorsorge

Verbandsübergreifendes Diskussionspapier zur Daseinsvorsorge

Gemeinsam mit zehn weiteren Organisationen und Verbänden hat der VKU die nationale und europäische Öffentlichkeit in einem Diskussionspapier [zu einem branchenübergreifenden Dialog](#) zur Zukunft der Daseinsvorsorge aufgefordert.

Breitbandfinanzierung

Die KfW unterstützt Investitionen mit Krediten aus [den etablierten Förderprogrammen](#). Nicht zu empfehlen ist allerdings die Aufnahme eines Kredits für kommunale Unternehmen im Rahmen von Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP).

1.4 Kommunales Recht (und Rechtsprechung)

Kommunen von Kosten der Asylbewerberleistungen vollständig entlasten

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 zu Leistungen für Asylbewerber betonte der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dass die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern staatliche, und keine kommunale Aufgaben und daher ... [mehr](#)

1.5 Wohnungspolitik und Stadtentwicklung

Bündnis für soziale Mieten

Das Bündnis für soziale Mieten in Berlin ist besiegelt und sieht vor, dass die Mieten in den Häusern der Wohnungsbaugesellschaften nur noch um 15 Prozent in vier Jahren steigen dürfen. Bislang waren 20 Prozent in drei Jahren möglich. Und wer nach einer Mieterhöhung mehr als 30 Prozent des Einkommens für die Miete aufbringen müsste, soll verschont bleiben. [In der TAZ weiterlesen.](#)

Effizienzklassen für Gebäude

Offenbar gibt es endlich Bewegung im Streit um die energetische Gebäudesanierung. Umweltschützer_innen und der Deutsche Mieterbund schlagen in Anlehnung an Elektrogeräte Effizienz-Labels vor und fordern eine Drittelung der Kosten unter Mietern, Eigentümern und Staat. [Mehr dazu im Klimarettterinfo.](#)

1.6 Verschiedenes

Energiewende und kommunaler Klimaschutz

Die angestrebte Energiewende ist von zentraler Bedeutung für den Klimaschutz. Die Städte und Gemeinden sind bereits seit langem als bürgernächste Ebene mit Vorbildfunktion in diesem Bereich aktiv: Von der Planung, Errichtung und Nutzung erneuerbarer ...[mehr](#)

Erneuerbar beschäftigt in den Bundesländern!

[Mit diesem Bericht](#) liegt erstmals eine Abschätzung der aktuellen Bruttobeschäftigung durch die Herstellung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (EE), durch deren Betrieb und Wartung sowie durch die Bereitstellung biogener Brenn- und Kraftstoffe auf Ebene der 16 deutschen Bundesländer vor.

2. Problemfelder aus Landtag und Land

Dr. Angelika Klein zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2012/2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2012/2013)

Der Minister hat die Notwendigkeit des Nachtragshaushalts begründet. Angekündigt war er ja schon seit Monaten, da es noch zwei offene Probleme gab. Mit dem Beschluss zum Doppelhaushalt 2012/2013 stand die Frage einer einmaligen Kompensationszahlung zu Gunsten der kreisfreien Städte und Landkreise, die den Rückgang der Zuweisungen des Bundes für... **MEHR...**

Dr. Helga Paschke zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rettungswesens

Da so eine umfängliche Neufassung des Gesetzes eine Vielzahl von diskussionswürdigen Baustellen hat, möchte ich mich in der ersten Lesung des Gesetzes auf nur einige grundsätzliche Anmerkungen konzentrieren: 1. Die vor uns liegende Rettungsdienstnovelle korrigiert in weiten Teilen die Fehler der Gesetzgebung aus der Koalitionszeit von CDU und... **MEHR...**

Gudrun Tiedge zum Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt

Als der Ministerpräsident von Norwegen, Jens Stoltenberg, gefragt wurde, wie sein Land, wie die Politik mit den unvorstellbaren Verbrechen des Anders Behring Breivik vom 22. Juli 2011 umgehen wird, antwortete er folgendes: „Norwegen wird diesen Angriff beantworten mit noch mehr Demokratie, mit noch mehr Offenheit.“ Ein sehr mutiger und... **MEHR...**

Uwe Loos zum Entwurf eines Gesetzes über die Förderung des Sports im Land Sachsen-Anhalt

Für die Sportentwicklung und das Sporttreiben der Menschen ist es unerlässlich ein Sportfördergesetz zu erarbeiten. Land und Kommunen schützen und fördern den Sport. Mit Blick auf die Landesverfassung könnte ein Sportfördergesetz dieses Ziel in neuer Verbindlichkeit umsetzen. DIE LINKE begrüßt, dass die Landesregierung nun dem positiven Beispiel... **MEHR...**

Fragestunde

Uwe Loos erkundigte sich dabei zum Abstimmungsverfahren der Landesregierung und der kommunalen Spitzenverbänden hinsichtlich der [interkommunalen Funktionalreform](#) und Gerald Grünert thematisierte den [Stand der Binnenmodernisierung fünf Jahre nach der Kreisgebietsreform](#).

Zum Fiskalpakt erkundigte sich Dr. Angelika Klein über die versprochenen [Finanzierungshilfen des Bundes](#) und Guido Henke zu deren [konkreten Auswirkungen](#) auf die kreisfreien Städte, die Landkreise sowie die kreisangehörigen Gemeinden und Städte.

3. Veranstaltungen

21./22. September 2012 Lutherstadt Wittenberg: „Rekommunalisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“

22. September 2012 Halle (Saale): Kommunalpolitische Werkstatt „Wohlfühlkommune für alle“

13./14. Oktober 2012 Jugendherberge Naumburg: **Wochenendseminar**

4. Veröffentlichungen

Daseinsvorsorge und Vergaberecht. Darstellung eines Spannungsverhältnisses unter besonderer Berücksichtigung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Volker Schneiderhan - Schriften zum Öffentlichen Recht (SÖR), Band 1217, Verlag Duncker & Humblot GmbH, 2012, ISBN: 978-3-428-13674-2

Kurzbeschreibung: Überträgt die öffentliche Hand die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge auf Dritte, existiert ein Spannungsverhältnis zwischen der gemeinwohlorientierten Daseinsvorsorge und dem der Schaffung von Wettbewerb dienenden Vergaberecht. Es besteht die Gefahr eines reinen Preiswettbewerbs auf Kosten der Qualität und damit zu Lasten der Daseinsvorsorge. Dieses Spannungsverhältnis kann aufgelöst werden, indem die qualitativen und quantitativen Anforderungen an Leistungen der Daseinsvorsorge im Rahmen des Vergabeverfahrens berücksichtigt werden. Volker Schneiderhan untersucht die Anwendbarkeit des Vergaberechts in wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge, beispielsweise in der Abfall- und Abwasserbeseitigung. In-House-Vergabe und Dienstleistungskonzession erörtert er sektorübergreifend. Da die Frage der Anwendbarkeit des Vergaberechts im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs besonderen Schwierigkeiten unterliegt und sich in diesem Bereich das beschriebene Spannungsverhältnis mustergültig darstellen lässt, liegt hier einer der Schwerpunkte der Arbeit.

5. Kontakte

Gerald Grünert

Vorsitzender „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.
Kommunalpolitischer Sprecher Fraktion „DIE.LINKE“ - im Landtag von Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 560 50 06
Fax: (03 91) 560 50 20
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg
Mail: gruenert@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Siegfried Walter

Mitarbeiter Geschäftsstelle „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt
Tel.: (03 91) 7 34 82 00
Fax: (03 91) 7 34 81 67
Geschäftsstelle:
Walther-Rathenau-Straße 57
39104 Magdeburg
Mail: kf-lsa@t-online.de